



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Hauptalmbegehung 2023: Klare Forderungen aus Bayern an Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir**

Hauptalmbegehung 2023: Klare Forderungen aus Bayern an Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir

2. August 2023

(2. August 2023) Sudelfeld /Arzmoosalm – Die traditionelle Hauptalmbegehung bietet immer zweierlei: Einen spektakulären Blick auf Bayerns Bergwelt – heuer vom Arzmoosgebiet am Sudelfeld – und zudem politische Diskussionen über die Zukunft der Alm- und Alpwirtschaft in Bayern. Der Einladung des Almwirtschaftlichen Vereins Oberbayern (AVO) und der Gemeinde Flintsbach am Inn (Landkreis Rosenheim) waren auch in diesem Jahr mehrere hundert Wanderer gefolgt; mittendrin Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Wir stehen zur Almwirtschaft und ihrer jahrhundertelangen Tradition. Die Natur wird hier durch Bewirtschaftung gepflegt und erhalten. Die Landwirtschaft ist fester Teil unserer Lebens- und Alltagskultur: Die ganze Welt isst und trinkt gern bayerisch – und dazu gehören neben Gemüse und Obst auch Tierhaltung und Fleisch. Jeder darf sich ernähren, wie er mag, aber braucht keine Vorgaben oder Verbote. Wir stehen zu unseren weltberühmten regionalen Lebensmitteln. Damit sich das jeder leisten kann, sollte die Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel runter auf 0 Prozent. Für einen Erhalt der Almwirtschaft ist klar: Der Wolf gehört nicht zu uns. Almen brauchen Sicherheit und keine Wölfe. Die wachsende Population stellt eine Gefahr dar, deswegen müssen Entnahmen möglich sein. Das haben wir durchgesetzt. Ebenso sollte die Kombihaltung bleiben – denn es gibt wohl kaum ein schöneres Leben für ein Tier als den Sommer über auf der Alm. Danke und großen Respekt allen Almbäuerinnen und Almbauern für ihre harte Arbeit und den Einsatz für unsere Heimat.“

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber: „Damit diese von den Menschen so geliebte Kulturlandschaft und ihre beeindruckende Artenvielfalt erhalten bleiben, brauchen die Bergbauernbetriebe eine echte Zukunftsperspektive. Das Gegenteil passiert aber beispielsweise, wenn mit der Novelle des Tierschutzgesetzes die bei unseren kleinstrukturierten Bergbauernbetrieben weit verbreitete Kombinationshaltung von Rindern verboten werden sollte. Davon wären rund 11.000 bayerische Milchkuhhalter betroffen. Für viele würde es das Aus bedeuten.“ Unter Kombinationshaltung versteht man die Anbindehaltung in Kombination mit Weidegang während der Weidezeit im Sommer.

Die Anbindehaltung soll künftig nur noch bei Betrieben mit maximal 50 Rindern zulässig sein. Und das auch nur unter der Voraussetzung, dass die Rinder während der Weidezeit Zugang zu Weideland haben und zusätzlich im Winter zweimal wöchentlich Auslauf bekommen. Nach einer Hofübergabe wäre aber auch diese Form der Kombihaltung verboten. Insofern appellierte die Bayerische Landwirtschaftsministerin an den ebenfalls anwesenden Bundesagrarminister Cem Özdemir: „Ihre Pläne wären das betriebliche Aus für viele Bäuerinnen und Bauern, denen Sie heute hier in die Augen sehen. Denn die Almwirte sind auf Jungrinder aus Betrieben mit Anbindehaltung angewiesen. Schließen die Höfe im Tal, ist das der Todesstoß für viele Almen im Alpenraum. Wenn das Vieh nicht mehr kommt, verbuschen unsere schönen Bergwiesen“.

Beim Thema Wolf nahm Ministerin Kaniber gegenüber dem Bundesminister kein Blatt vor den Mund: „Im dicht besiedelten Deutschland leben inzwischen mehr Wölfe als in den Schweden und Norwegen zusammen. Es kann nicht sein, dass wir die Existenz der Almwirtschaft und ihre Biodiversität für eine inzwischen nicht mehr gefährdete Tierart aufs Spiel setzen! Immerhin stuft sogar die Welt-Naturschutzorganisation IUCN den großen Beutegreifer Wolf auf ihrer Roten Liste in Europa als „nicht gefährdet“ ein. Es wäre längst an der Zeit, dass Sie und Ihre Koalitionspartner die Versprechen des Koalitionsvertrags erfüllen und europäisches Naturschutzrecht eins-zu-eins in deutsches Recht umzusetzen. Dann wären schadensunabhängige Entnahmen in begrenztem Ausmaß möglich.“

Auch mit Blick auf den geplanten Bundeshaushalt, der massive Mittelkürzungen bei der Förderung von Agrarumweltmaßnahmen vorsieht, fand Ministerin Kaniber deutliche Worte: „Erklären Sie unseren Bäuerinnen und Bauern, warum sich der Bund so massiv aus der Finanzierung des bundesweit größten Agrarumweltprogramms zurückzieht!“

Die Hauptalmbegehung fand in diesem Jahr zum 76. Mal statt. Sie dient dem AVO regelmäßig dazu, der Bevölkerung und politischen Vertretern die Probleme der Almwirtschaft in Oberbayern vor Augen zu führen und zudem auf die Bedeutung und Schönheit der Almwirtschaft hinzuweisen.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

